

Basisdemokratie im Kommunikationsraum

Diskussionsrunde im Rahmen der „Wochen zur Demokratie“



Gemeinsam nachdenken, philosophieren, diskutieren – die „Wochen zur Demokratie“ bieten dazu die verschiedensten Formate (v.l.: Gertraude Reitberger, Tabea Knipp, Siglinde Weindl, Markus Übelhör, Vinzent Thiele, Jens Pollak, sowie (v.r.) Reinhold Gellner, Sousar Tahqakha und Severin List. – Foto: Kowarik

Von Stephan Kowarik

Eine Runde aus Passauer Bürgern hat am Montagabend im „Büro für Demokratie“ im Unteren Sand das Verhältnis von Demokratie und Stadt in entspannter Atmosphäre bei Wasser, Wein, Grissini und Weintrauben ausgelotet.

Auf dem Tisch lagen Würfel mit verschiedenen Aufschriften. Die Teilnehmer warfen immer mal wieder zwei davon, aus denen sich ein Themenbereich ergab, über den dann diskutiert wurde. So etwa das „Geld“. Wie wichtig ist es,

und wie wird es für die Demokratie genutzt? „Wohlstand und Bildung für alle kostet Geld. Auch die Institutionen zur Verbreitung demokratischer Ideen und entsprechende Veranstaltungen kosten Geld“, so einer der Beiträge. Auch ein Verein für Demokratie benötige finanzielle Mittel. Bedauert wurde, dass eine Initiative, die Bedürftigen Gratis-Konzertkarten zur Verfügung stellte, inzwischen wieder eingestellt ist. „Kultur ist lebensnotwendig“, meinte etwa Gertraude Reitberger. Die Hauptgründe, warum dennoch nur wenige Menschen diese Initiative in

Anspruch genommen hatten, seien Scham oder auch der Umstand gewesen, durch fehlende Mittel von der nötigen Information abgehängt zu sein.

Wann ist eine Stadt demokratisch und wann nicht? Zu dieser Frage erhoben einige Anwesende die Forderung nach Kommunikationsräumen, in denen auch über die kommunalen Entscheidungsprozessen gesprochen werden könne. Bei sozialen Medien sei die Kommunikation „beschleunigt, oberflächlich und unauthentisch“, zudem fehle es auch hier an generationenübergreifender Ge-

sprächsstruktur. In Passau gebe es generell zu wenig kulturelle Räume, obwohl genügend leerstehende Immobilien vorhanden seien. Auch die Teilhabe von Behinderten sei ausbaufähig. Ebenso mangle es an generationenübergreifenden Angeboten, obschon während der „Wochen zur Demokratie“ auch das Haus der Generationen geöffnet gewesen sei.

Angesprochen wurden aber auch ganz konkrete Probleme – etwa dass man das städtische Bad peb nach wie vor nicht mühelos mit dem Fahrrad erreichen kann, dass Fahrradstreifen urplötzlich enden. „Die paar Radwege, die irgendwo gemacht wurden, sind eine Pseudoveranstaltung“, meinte Siglinde Weindl.

„Welche drei Worte stehen für Protest?“, so eine weitere Frage. Folgende Antworten wurden spontan gegeben: „Demonstrieren, Aufstehen, Unzufriedenheit“, aber auch „Nicht wählen, Sand ins Getriebe, Aufmerksamkeit erregen“ – Letzteres etwa durch das gegenwärtig verbreitete Beschütten von Kunstwerken. Fazit von Teilnehmern: Derartige Diskussionsveranstaltungen sollten möglichst häufig angeboten werden, um eine möglichst breitflächige Teilhabe zu ermöglichen.